

## **Extremisten ohne Maske**

**Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus und Demokratie**, Jg. 12 f., Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2001. 29 Euro.

**Frank Decker: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien**, Leske + Budrich, Opladen 2000. 34,50 Euro.

**Stephan Thomczyk: Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994**, Hartung-Gorre Verlag, Konstanz 2001. 39,88 Euro.

Das Standardwerk der Extremismus-Forschung ist das „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“. Gerade für aktuelle Debatten über die PDS, NPD, DVU, FPÖ und Skinhead-Bands bieten die beiden jüngsten Bände (Nr. 12 und 13) viele zündende Argumente. Besonderes Interesse verdient Jesses biografische Skizze über Horst Mahler (im 13. Band): Der NPD-Strategie Mahler hat in seinem bisherigen Leben unter-

schiedlichere Standpunkte vertreten als ein ganzes Einfeldorf in mehreren Jahrzehnten. So engagiert er sich in den fünfziger Jahren zunächst für die schlagende Verbindung Thuringia; dann für die SPD, den SDS und die KPD – und gegen die „faschistische“ Bundesrepublik. Als Rechtsanwalt verteidigt Mahler unter anderen Gudrun Ensslin und Andreas Baader und wirkt in einem „sozialistischen Anwaltskollektiv“ (zu diesem gehörte Christian Ströbele, der wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung später zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde).

Als RAF-Mitgründer Mahler selbst rechtsanwaltlichen Beistand braucht, verteidigen ihn Otto Schily und der momentane Bundeskanzler. Zwischendurch widmete sich Mahler einer Fortbildung in einem palästinensischen Lager und „beteiligte sich [...] an einem Banküberfall [...]“, wie Jesse erinnert. Als die Polizei Mahler kurz darauf festnimmt,

präsentiert er sich mit den Worten „Kompliment, meine Herren, Sie sind ganz schön findig“ immerhin als guter Verlierer. Bald beginnt er, sich von einem Teil seiner früheren Anschauungen zu distanzieren. Auch dank Unterstützung aus der Berliner FDP kommt Mahler vorzeitig aus der Haft frei. Mithilfe des heutigen Bundeskanzlers und gegen Widerstände des damaligen Berliner Justizsenators Rupert Scholz erreicht Mahler bald auch seine Wiederzulassung als Anwalt.

Ende der neunziger Jahre veröffentlicht Mahler in der Süddeutschen Zeitung einen Artikel (über die RAF) und betätigt sich für die antisemitische, ausländerfeindliche NPD, die er heute in Karlsruhe verteidigt; unter anderem mit dem Hinweis, die NPD sei die einzig verfassungsgemäße Partei (ähnlich äußern sich PDS und REP über sich selbst). Jetzt hoffen Mahler und die NPD, von Schilys V-Mann-Pannen zu profitieren. Als „Universal-

extremist“ ist sich Mahler allerdings in zentralen Punkten treu geblieben: Ähnlich wie PDS und REP versucht er beharrlich, nicht nur die verfassungstreuen Parteien zu diskreditieren, sondern auch die USA – Mahler ist ein monomanischer Antiamerikanist. Dementsprechend bewertet er die kriegsgerischen Anschläge des 11. September 2001. Auch hat der Mann ohne Mitte seine diversen Standpunkte jeweils fanatisch vertreten: Mahler einen politischen Scharfmacher zu nennen wäre stark untertrieben.

Im 12. Band des Jahrbuchs warnen die Herausgeber, hohe Wahlergebnisse seien kein „zuverlässiger Indikator für Verfassungsloyalität“; ein Hinweis aus aktuellem Anlass. Fahrlässig sei es, die Beobachtung der extremistischen PDS durch den Verfassungsschutz aus politischen Gründen zurückzufahren. Backes und Jesse bilanzieren: „Der antitotalitäre Konsens hat zu-, der antiextremistische Konsens abgenommen. [...] Manche SPD-Ortsvereine in den neuen Bundesländern tun sich schwer damit, frühere SED-Genossen in die Partei aufzunehmen; hingegen tun sich einzelne SPD-Landesverbände relativ leicht damit, die PDS in politische Verantwortung zu neh-

men – bis hin zu einer regelrechten Koalition. Das eine wie das andere ist kritikbedürftig.“ Beide Herausgeber empfehlen, im Umgang mit jeglichem Extremismus sowohl Über- als auch Unterreaktionen zu meiden.

Notorisch ist die Weigerung der Herausgeber, bestimmte Extremismen zu beschönigen oder zu dramatisieren. Auf dieser festen Basis finden sich im Jahrbuch ganz unterschiedliche Standpunkte. Während andere eine „Streitkultur“ nur fordern, praktiziert das Jahrbuch regelmäßig eine solche. Ein besonders deutliches Beispiel für die Vielfalt an Argumenten im Jahrbuch: Die unterschiedlichen Beiträge im 12. Band über die Georg-Elser-Kontroverse – Beiträge, die es erleichtern, ein ausgewogenes Bild von den Inhalten der Kontroverse zu gewinnen. Zu Wort kommen Historiker, Philosophen und Politikwissenschaftler, darunter Clemens von Klemperer, Norbert Hoerster, Manfred Hättich und Wolfgang Benz.

Am Anfang der Kontroverse standen allerdings weniger die provozierenden Thesen Lothar Fritzes über Elser, sondern wohl eher persönliche Animositäten am Hannah-Arendt-Institut: Der Direktor wollte seinen Stellvertreter Backes loswer-

den. Da kam der Beitrag Fritzes (und der Einsatz des Stellvertretenden Direktors für Fritzes Publikationsfreiheit) offenbar gerade recht. Statt über Inhalte zu diskutieren, versuchten der Direktor und seine Helfer primär, Backes mit absurden Verdächtigungen oder Insinuationen zu diskreditieren. Doch dass „es nicht den geringsten Grund gibt, seine politische und wissenschaftliche Integrität infrage zu stellen, wissen die, die seine Arbeiten und ihn selbst kennen“ (Peter Graf Kielmansegg). Mit verschiedenen Beiträgen zur Elser-Debatte hilft das Jahrbuch, die Diskussion zu versachlichen und auf Inhalte zu konzentrieren. Wer Elser ehrt, sollte auch (durchaus aktuelle) Überlegungen darüber anstellen, ob beziehungsweise unter welchen Bedingungen es legitim ist, beim Tyrannenmord (-Versuch) den Tod unschuldiger Dritter zu verursachen. Genau dem widmen sich Fritzes eher philosophisch-moralische als historische Betrachtungen. Gewiss gibt es Thesen, die keine ernsthafte Erörterung verdienen. Doch Fritzes Beitrag über Elser ist diskussionswürdig.

Ohne die Legitimität der Elserschen Tat als solche zu negieren, hält Fritze diese nicht für in je-

der Hinsicht vorbildlich – nicht mehr, nicht weniger. Durfte Elser durch seine Tat im Bürgerbräukeller den Tod einer unschuldigen Kellnerin, die Mutter zweier Kinder war, verursachen? Wie legitim waren Elsers Mittel? Wo gehobelt wird, fallen Späne? Oder zählen nur Elsers legitimes Ziel und sein Mut? Hätte Elser am Tatort bleiben müssen, um nach dem vorzeitigen Aufbruch Hitlers wenigstens die Verbliebenen im Bürgerbräukeller zu warnen? Hätte er sein eigenes Leben stärker einsetzen müssen? Hätte er dies unter anderem deshalb tun können und müssen, weil er anders als Graf Stauffenberg für die Zeit nach einem geglückten Attentat politisch nicht gebraucht wurde, wie Fritze befindet? Hat Elser hinreichend alternative Methoden erwogen, um nur Hitler und seine Getreuen zu töten?

Inwieweit hat er mit seiner Tat Hitlers Sicherheitsvorkehrungen verstärkt und damit das „Geschäft“ anderer potenzieller Attentäter erschwert, deren Chancen größer waren, nur Hitler selbst zu töten?

Ein Fazit Fritzes lautet: „Auch für Extrem- oder Ausnahmsbedingungen kann es keine Sondermoral geben.“ So einleuchtend es ist, hohe moralische Maßstäbe gerade bei

historischen Vorbildern anzulegen: Fritze legt seine moralische Latte so hoch, dass die meisten (der ohnehin raren) potenziellen Tyrannenmörder nur noch drunter herlaufen können. Moralischer Maximalismus – zu wenig „mitten im Leben“? Fritze hat Mühe, wie er formuliert, die Entscheidung des Tischlers Elser „als Resultat einer kenntnisreichen, sachorientierten und nüchternen politisch-moralischen Kalkulation zu begreifen, der dann eine mutige und von Fanatismus freie Tat gefolgt wäre“. Es gibt keinen guten Grund, Fritzes moralisch-zweckrationale Überlegungen als absolut abwegig abzutun. Vielmehr können sie dazu beitragen, ein noch genaueres Bild von Handlungsfreiräumen und -grenzen in der totalitären Diktatur zu gewinnen (zumal eines Einzelgängers in einer Extremsituation).

Abgesehen vom Jahrbuch sind jüngst weitere, wichtige Werke zum Thema erschienen, unter anderem die Habilitation Frank Deckers: Aus der Perspektive des Vogels am Himmel, die bekanntlich manches verdeutlicht, analysiert Decker in seiner „reinen Literaturarbeit“ 17 Parteien des „neuen Rechtspopulismus“. Sein weites Panorama reicht

von Berlusconi über Bossi und Haider bis zu den „Republikanern“ und Le Pen. Dabei widmet sich Decker weniger den Eigentümlichkeiten der einzelnen Formationen, sondern gibt primär aufschlussreiche Antworten auf die wichtige Frage, welche Gemeinsamkeiten die untersuchten Parteien des „neuen Rechtspopulismus“ haben. Im deutlichen Unterschied zu Deckers Arbeit gründet die Arbeit Stephan Thomczyks primär auf solchen diversen Flugblättern und Pressemitteilungen, die sein Untersuchungsobjekt, die REP, abgesondert haben. Thomczyks differenzierte Doktorarbeit, eher aus der Froschperspektive verfasst, konzentriert sich auf die jüngere, in der Forschung etwas vernachlässigte Entwicklung der extremistischen REP nach 1994 (also die Zeit seit dem Abgang Schönhubers). Der Teil über die „Programmatik der Republikaner“ leidet unter der mangelnden Auswertung der Verfassungsschutzberichte, die Thomczyk im Teil über die „Strategie der Republikaner“ ausgiebig ausschachtet. Insgesamt ist Thomczyk mit eigenen Einordnungen und Beurteilungen zurückhaltend.